

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. Januar 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Labeanzeigen 20 Pf., die fünfgehaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 6

Zum Friedensvollzuge

Nach dem ein böses Vorbild gebenden Waffenstillstandsbedingungen vom 10. November 1918, dem förmlichen Verträge vom 28. Juni 1919 ist endlich am 10. Januar 1920 in Paris die sogenannte Ratifizierung des Friedensvertrages nach dem aller Maßstäbe aus der Geschichte der Völker grauam spottenden Weltkrieges von 1914 bis 1918 erfolgt. Geht es mit noch einigen weiteren schweren Belastungen, zu denen die „Seldentat“ von Scapa Flow und der saule Landsknechtszauber im Baltikum — also zwei nochmaligen schlimmen Ausgeburten des zum Absterben verdammten deutschen Militarismus — den von hänglichem Schwanken fürwahr freien Friedensbiktoren die Hand habe geboten haben.

So ganz fertig sind wir aber immer noch nicht mit der Friedensmacherei. Nordamerika und einige andre Länder haben am 10. Januar nicht mitgetan. Nachstelle erwachsen daraus nicht, aber doch Unbequemlichkeiten. Die Vereinigten Staaten sind von der Spitze der „alliteren und sozialisten“ Mächte wegen deren Friedenspraktiken in einigen Abstand getreten. Man könnte nur wünschen, daß über den Wahnwitz von Versailles sich bald noch mehr selat, was als Vernunftfragen geklärt werden könnte. Die Völkerbrücke würde dann doch eher zu reparieren sein. Andres Werkzeug als von horizontbegrenzen, aber brav zünftigen Diplomat, von den internationalen Kapitalherrschern und in viel unappetitlicherem Maße von dem modernen Schieberkaufmanns verwendet, geht freiheitlich. Das grauenhafte Verlykonto auf unserer Seite mit 1750987 Toten, 4263937 Verwundeten und Kranken, von denen die Mehrzahl jedoch als wiedergebellt betrachtet werden kann, die Siffer der Krüppel oder sonst dauernd Beschädigten aber doch sehr hoch bleibt, und von 1089 390 Gefangenen und Vermissten, die wir wohl nicht alle wiederleben werden, und dazu die unzählbaren materiellen und wirtschaftlichen Schäden zwingen denn doch zu ganz andern Methoden.

Bedauerlich nur, daß die Männer der Arbeit allein nicht imstande sein werden, die zerstörte Völkerbrücke wiederherzustellen. Denn wenn sie über besseres Handwerkzeug verfügen, was Versailles anders ausgefallen. Ob die von Moskau gehandhabte, in Leipzig zu 75 Proz. akzeptierte Methode der Völkererlösung hieran viel gutmachen könnte, bleibt bei denen, die von der Anwendung solcher Rezepte schon unter den eignen Volksgenossen nicht erbaud sind, noch recht fraglich.

Aber beim Schlimmsten geht etwas Gutes einher. Die Ratifikation des Friedens durch die Entente gibt 400000 Kriegsgefangene endlich ihren Familien zurück! Wenn nun die deutschen Eisenbahner der von ihren Gewerkschaftsvorständen vertretenen und empfohlenen, bei den Eisenbahnverwaltungen sich auch durchsetzenden Laikfolge geben und nicht dem Putschmelhoden zugeneigten Zentralkomitee der Eisenbahner, dann werden die bis jetzt zurückgehaltenen Gefangenen auch bald in der Heimat begrüßt werden können. Die Buchdrucker unter ihnen mögen ein kollegiales Willkommen schon jetzt von uns entgegennehmen!

Das bedauerlichste Gegenteil von dieser Seite bilden die Abstrafungen von deutschen Gebietsteilen im Westen, Osten und Norden. Sonderkassende von Volksgenossen werden das Schicksal der Elsas-Lothringer teilen, zum größten Teil härter noch der reineren Stammverwandtschaft wegen. Die Reichsregierung hat ihnen einen warmen Abschiedsgruß gewidmet. Der Verband trennt sich ebenso schmerzvoll von seinen durch Abstrafung oder Abstrimmung verloren gebenden Mitgliedern; wir wissen nur zu gut, daß die Betroffenen nicht minder schweren Sergens aus unsern Reihen scheiden. Sollen sich bei mancher Abstimmung noch zum Ausdruck, daß auch im tiefsten Grund die Zugehörigkeit zu Deutschland vorzogen wird. Wo es nicht anders geht, werden sich vielleicht doch die Wünsche und Hoffnungen auf eine möglichst autonome Stellung innerhalb eines andern organisatorischen Rahmens realisieren. Ein Blick ist es jedenfalls, daß unsere Buchdrucker

internationaler seit Luzern wieder auf festeren Füßen steht und gegebenenfalls auch für die Abgetrennten ihre guten Dienste bereitzustellen hat.

Unlagbar schwer wird die Erfüllung der vielen und harten Friedensbedingungen werden, die nunmehr zu beginnen hat. „Das Auspressungswerk der Wiedergutmachungskommission“, wie die „Rote Fahne“ nur allzu richtig sagt, bedeutet den Gipfelpunkt. Nachdem bei den Waffenstillstandsbedingungen Eraberger und bei dem Diktat von Versailles die Unabhängigen gar zu unterzeichneten bereit waren, wird die Entente von ihrem Scheine nichts ablassen wollen, was noch die Hoffnung vieler ist.

Bei 49¹/₂ Milliarden in Papiergeld zu Ende 1919, bei weiterem Sinken der Kaufkraft der deutschen Mark in der vorigen Woche, bei dem systematischen Zutreiben der Großgratler und der Schwerindustrie auf den Weltmarktpreis mit nachfolgender ungeheurer Verleuerung der gesamten Lebensführung, woran sich das Händlerium, die Wucherer und Schieber bis herab zum kleinen Mann auf ihre Welle erfolgreich beteiligen, bei der unter den Industriellen platzgreifenden Methode der Betriebsstilllegungen und dem von den neuen Alliierten Zentralrat der Betriebsräte, Unabhängige und Kommunistische Partei gleichsam gesponnenen Faden soll sich nun der Eintritt in den vollen Frieden vollziehen! Vermag sich das deutsche Volk gegen dieses bunfte Gemisch von Chaospekulanten noch zu wehren, dann wird es doch gehen.

Dazu bedarf es aber der Klarheit und Geradheit aller, die nach dem entsetzlichen Weltkrieg und angesichts seiner fürchterlichen Folgen ein Wohlbefinden noch erleben wollen und daran zu arbeiten als ihre heilige Pflicht betrachten. Wie Karl Kautsky sein im vergangenen Jahr erschienenen lehrreichen Buch über „Terroismus und Kommunismus“ abschließt, kann und muß die Richtung geben, wird die Völkerbrücke wirklich zu schlagen sein:

Der Sozialismus ist nicht ein Mechanismus, den man nach einem voraus bestimmten Plan aufbaut und der dann, einmal in Gang gebracht, immer wieder in gleicher Welle abläuft, sondern er ist ein Prozeß gesellschaftlichen Zusammenwirkens, der seine bestimmten Gesetze hat wie jede Art gesellschaftlicher Tätigkeit, der aber innerhalb dieser Gesetze die mannigfachen Formen annehmen kann und einer Entwicklung fähig ist, deren Ablauf man heute noch nicht abzulesen vermag.

Auch heute noch haben wir keine „fix und fertigen Mopfen durch Volksbeschluss einzuführen“. Was sich jetzt vollzieht, das ist „die Freilegung der Elemente“, die den Beginn der sozialistischen Entwicklung in Angriff zu nehmen haben. Will man das Weltrevolutionen nennen, weil es sich in der ganzen Welt vollzieht, dann sehen wir vor der Weltrevolution. Aber sie wird sich nicht vollziehen auf dem Wege der Diktatur, nicht durch Kanonen und Maschinengewehre, nicht durch Zerstückelung der politischen und sozialen Gegner, sondern durch Demokratie und Menschlichkeit. Nur so kommen wir zu jener höheren Lebensform, die hervorzuarbeiten die historische Aufgabe des Proletariats ist.

Volkswirtschaft

Deutschlands notwendige Wiedereinstellung in die Weltwirtschaft nach Inkraftsetzung des Friedensvertrages

Unsere wirtschaftliche Lage ist durch die jahrelangen Wirkungen des Krieges und durch sein katastrophales Ende auf einen Tiefstand herabgedrückt worden, der in gegenwärtiger Stunde kaum einen Ausblick auf eine Besserung zuläßt. Vor dem Kriege hatte sich in jahrzehntelanger Entwicklung die Umwandlung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat vollzogen. Mit dem ständigen Anwachsen der Bevölkerungsziffer hatte sich längst die Notwendigkeit einer namhaften ausländischen Lebensmittelfuhr herausgestellt. Im Gegenlage zu Rußland, dessen ungeheure Bodenschätze dem russischen Volk auch bei jahrzehntelanger Absperrung von der Außenwelt eine ausreichende Ernährung ermöglichen würde, war Deutschland im agrarischen Sinne für die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes schon lange vor dem Kriege zu klein geworden. Sämtlich führten wir vor dem Kriege

ganz erhebliche Mengen an Lebensmitteln aus dem Ausland ein.

Der Prozeß der Industrialisierung hatte natürlich für große Bevölkerungsflächen die Umformung und Einstellung auf bestimmte, durch die Eigenart der Industrie bedingte Lebensverhältnisse zur Folge. Es bildete sich jener Gegensatz zwischen Stadt und Land heraus, der insbesondere während der Kriegszeit erkennen ließ, daß die Lebensbedingungen der städtischen und industriellen Bevölkerung von denen der agrarischen Volksschichten abwichen, und daß die Frage der Ernährung sich in Zeiten wirtschaftlicher Krisen für die Stadtbevölkerung viel schärfer und in viel größerer Tragweite zu einer Katastrophe gestalten kann als bei der in den elementarsten Lebensbedingungen mehr gesicherten Landbevölkerung. Die industrielle Entwicklung hat also in wirtschaftlichen, industriellen und privaten Leben bestimmte Verhältnisse gezeitigt und die Lebensbedingungen der Industriebevölkerung waren auf bestimmte Formen zugeschnitten. Deutschland war unter den führenden Industrieländern mit an die erste Stelle gerückt, unterteilt bedeutende Handelsverbindungen mit allen Wütern der Erde und in großen Mengen wurden unsere industriellen Erzeugnisse auf den Märkten der Welt abgesetzt. Ihre Lebensführung betrug im Jahre 1910: 8,43, 1911: 8,89 und 1912: 9,35 Milliarden Mark.

Vergegenwärtigt man sich, was eine derartige Ausfuhr (in Friedensverhältnissen) für die einheimische Industrie bedeutet, in wie hohem Grade viele Millionen von Menschen wirtschaftlich von der für das Ausland arbeitenden Industrie abhängig waren, und wie sehr dieser bedeutende Erwerbszweig und durch ihn unser ganzes Wirtschaftsgesamtheit auf diesen Faktor eingestellt war, so kann man sich vorstellen, welche Katastrophe es für unsere Wirtschaftslage bedeute, als Deutschland durch den Ausbruch des Krieges plötzlich und unvorbereitet aus dem Organismus der Weltwirtschaft herausgeschleudert wurde. Wir waren 1914 immerhin ein verhältnismäßig reiches Land, das für einen gewissen Zeitraum von den Vorräten leben konnte, die sich in vier Jahrzehnten einer im ganzen günstigen Wirtschaftsentwicklung auf allen Wirtschaftsgebieten gesammelt hatten. So war man sich bei Ausbruch des Krieges der ersten Bedeutung der über uns verhängten wirtschaftlichen Weltabschleuderei nicht so weniger bewußt, als man die lange Dauer des Krieges und seine Ausdehnung auf politischen, militärischen und technischen Gebiete nicht voraussehen konnte. Erst in der Folge stellten sich mit steigender Fühlbarkeit die Folgewirkungen der über uns verhängten Blodade ein und immer fester schloß sich der lurchbare eiserne Ring um uns. Abgesehen von der ganz unverhältnismäßigen militärischen Aermacht unserer Gegner, die ja einen deutschen Sieg von vornherein unwahrscheinlich machte, wurde ganz besonders unsere wirtschaftliche Abhängigkeit von der Außenwelt zum Verhängnis des deutschen Volkes. Mit dem Schwinden unserer Vorräte setzte die abnorme Wirtschaftsentwicklung der Kriegsjahre ein, Mangel, Teuerung, Zwangswirtschaft, Wucher, Schleichhandel und Schieberium waren die Folgeerscheinungen, die alle auf die gemeinsame Ursache des Krieges zurückzuführen sind. Gegenüber den wachsenden Anforderungen des Krieges, der namentlich auch in technischer Beziehung sich zu gigantischen Formen auswuchs, traten alle andern Lebensbedürfnisse in den Hintergrund. Die Kriegswirtschaft war die Grundlage und der beherrschende Faktor der Kriegswirtschaft. Sowohl in der Ernährung wie in dem durch den Krieg bedingten ungeheuren technischen Bedarf war Deutschland ganz auf seine Eigenwirtschaft angewiesen. Die Folgen unserer Isoliertheit traten immer mehr zutage, und es erfolgte schließlich der Zusammenbruch, der bei einem so gigantischen Zusammenwirken gegenseitlicher Kräfte und Kampfmittel ja auch unausbleiblich war.

Unsere Niederlage hat uns politisch und wirtschaftlich von den streitenden Gegnern abhängig gemacht, und es sind nicht eben wohlwollende Mächte, in deren Hand jetzt zum großen Teil unser Zukunftsschicksal gegeben ist. Die Friedensbedingungen berauben uns eines großen Teiles unseres Landbesitzes, unserer Bodenschätze, und wesentliche Grundlagen unserer Ernährungsbedingungen sowie Erwerbsmöglichkeiten sind uns damit verloren gegangen. Der Krieg hat unsere wirtschaftlichen Kräfte erschöpft, und was er uns noch an Wertbesitz und Vermögen gelassen hat, befragt nur einen Bruchteil der von den feindlichen Mächten gegen uns erhobenen Entschädigungsforderungen. Der aus der Revolution hervorgegangene neue Staat hat außer den bereits zur Ablieferung gelangten Werten ganz

ungeheure Verpflichtungen den Siegern gegenüber zu erfüllen, die nicht anders als durch steuerliche Belastung der Bevölkerung aufzubringen sind.

In welchem Grade das deutsche Volk an dieser nach außen hin abzufragenden Schuld auf lange Zeit hinaus zu fragen hat, ist bei Gelegenheit der Beratung der neuen Steuergeetze allgemein bekannt geworden. (Siehe auch „Korr.“ Nr. 141 von 1919: „Einheitsliche Reichssteuern“.)

Diese Steuerlasten belasten das Einkommen an sich und direkt in ganz empfindlicher Weise und bedeuten für jeden Berufsstand ein starkes persönliches Opfer. Inbetrocht aber wirken hohe Steuern immer verheerend auf das allgemeine Wirtschaftsleben, denn in irgendeiner Form wird eine starke steuerliche Belastung stets die Folgewirkung der Einkommensteigerung und Preisverhöhung nach sich ziehen. Beregenwärtigen wir uns an sich schon bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Wirtschaftsverhältnissen und die vielfachen Kassen, die wir anderweitig auf öffentlichen und privaten Wirtschaftsgebieten zu fragen haben, so muß uns die Frage, welche Wirkungen die neuen Steuergeetze auf die Lebenshaltung haben werden, mit ernster Sorge erfüllen. Aber wir kommen um die Erkenntnis nicht herum, daß die Faust des Siegers auf uns lastet, und da wir als Volksgemeinschaft in irgendeiner Form weiterleben müssen, gibt es für den aus dem Zusammenbruch hervorgegangenen, politisch und wirtschaftlich von den Gegnern abhängigen Staat keine andere Möglichkeit, seinen Verpflichtungen nachzukommen, als die steuerliche Belastung seiner Bevölkerung. Wir haben das Los der Besiegten zu tragen . . .

Neben der äußeren, an die Gegner abzutragenden Schuld hat das Reich die aus dem Kriege sich ergebenden ungeheuren inneren Verpflichtungen zu erfüllen. Nach dem der Nationalparlamentarismus vor kurzem aufgestellten Aktienmaterial stellt sich die Entwicklung der Schuldenlast des Reiches in den zusammenfassenden Gesamtsummen wie folgt dar:

31. März 1915	16 Milliarden	715 Millionen
31. " 1916	38 "	855 "
31. " 1917	69 "	923 "
31. " 1918	105 "	251 "
31. " 1919	156 "	992 "
31. " 1920	212 "	812 (Schätzung)

Im Haushaltsplane für 1920 sind für die Verzinsung der Reichsschuld 8,8 Milliarden Mark vorgesehen; eine Summe, die die gesamte Ausgabe des Reiches vor dem Krieg um mehr als das Doppelte übersteigt!

Eine weitere Steigerung unserer wirtschaftlichen Kräfte, mit der nach Lage der Dinge selber zu rechnen ist, löst zunächst immer dieselben wirtschaftlichen Wirkungen aus. Das heißt, die wachsende Erörterung der Lebenshaltung zieht neue Lohnforderungen nach sich, und das an sich schon gespannte Wirtschaftsleben wird durch ununterbrochene Lohnkämpfe weiterhin beunruhigt. Aber diese in der Wechselwirkung von Lebensverfeuerung und Lohnverhöhung sich auswirkende Entwicklung steigert nur die Unerträglichkeit des Gesamtzustandes und ist alles andere als die Rettung aus unserer wirtschaftlichen Not. So sehr die Forderung nach Lohnverhöhung unter den gegebenen Umständen ein Gebot der Notwendigkeit ist, so wenig bietet eine solche Entwicklung eine Aussicht auf Besserung.

Hier kommen wir zur Schicksalsfrage des deutschen Volkes: Ist uns in der Zukunft überhaupt die Möglichkeit einer dem Lebensbedürfnis und den technischen Fähigkeiten des deutschen Volkes entsprechenden Wirtschaftsentwicklung geboten?

Deutschland ist seit über fünf Jahren aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet und abgesehen davon, daß wir politisch aus der Reihe der Großmächte ausgeschieden und von der siegreichen Mächtegruppe abhängig geworden sind, hat sich die Welt inzwischen auch wirtschaftlich neu orientiert. Wir wissen, daß neben den rein politischen Fragen auch Deutschlands wirtschaftlicher Aufstieg eine der treibenden Kräfteursachen war, und kein Zweifel kann darüber bestehen, daß die Absicht unserer Gegner, uns wirtschaftlich niederzuhalten, auf lange Zeit hinaus weiter bestehen wird. Wir waren seit fünf Jahren von der Außenwelt abgeschnitten, unsere ehemaligen Handelsbeziehungen sind zerstückelt und die Märkte inzwischen von anderen Völkern erobert worden. Auf dem Weltmarkt dominiert das Anglischentum, und der Weltverkehr regelt sich nach neuen Direktiven, verläuft in andern Bahnen als vor dem Kriege. Der optimistische Auspruch, daß die Welt wirtschaftlich ohne uns nicht auskommen könne, ist durch den Krieg widerlegt worden und sollte nicht mehr als Argument verwendet werden. Wir dürfen uns absolut nicht über unsere schwere Lage täuschen. Wir sind ein Volk von großen Fähigkeiten, und alle Folgen des Krieges, die innere und äußere Schuld, die Verarmung, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Tiefstand, die moralische Depression und alle sonstigen Krisen, die auf den Krieg zurückzuführen sind, würden wir überwinden, wenn uns nach Maßgabe unserer Fähigkeiten ein neuer wirtschaftlicher Aufbau möglich wäre. Der aber ist nicht möglich, wenn uns die Außenwelt weiterhin verschlossen bleibt. Hier wurzeln die Lebensbedingungen des deutschen Volkes!

Wir müssen uns sehr davor hüten, bei der Erörterung von Zukunftsmöglichkeiten irgendwie auf Vergleiche mit dem Friedenszustande zurückzugehen. Dieser Krieg hat zu stark an unsere Kräfte gezehrt, uns nach innen und nach außen hin zu große Verluste zugefügt, unser Verhältnis zu den andern Völkern aufsehr zu unserm Nachteil verändert, als daß wir auf irgendeinem Gebiet einen Vergleich mit dem Friedenszustande ziehen könnten. Lediglich liegende Anzeichen genug dafür vor, daß die feindliche Stimmung der Außenwelt weiter bestehen bleiben wird.

Was aber wird werden, wenn diese Befürchtung in vollen Umfang zutrifft? Wir sind nicht stark genug, uns eine unserm Bedürfnis entsprechende Wirtschaftsentwicklung gegen den Willen einer feindlichen Umwelt zu erzwingen. Gelingt es uns nicht, oder werden wir durch die Machtmittel der Gegner daran verhindert, unser Wirtschaftsleben wieder mit der Weltwirtschaft zu verbinden, so verfallen wir dem Schicksal einer fortschreitenden Verarmung mit allen ihren sozialen und wirtschaftlichen Folgeerscheinungen. Die umfangreichen Industriegebiete, die in der vergangenen Wirtschaftsepoke von den Aufträgen des Auslandes gespeist haben oder in ihrer Produktion auf die ausländischen Rohstoffe angewiesen waren, würden verfallen, und damit wären Millionen von Erzeugnissen der fortschreitenden Verelendung preisgegeben. Wir können uns nicht dauernd mit der Notensprelle über den wirtschaftlichen Zustand unserer Wirtschaft hinweg täuschen.

Gelingt es uns nicht, die für die Lebensbedingungen des deutschen Volkes notwendige Einstellung in die Weltwirtschaft wieder herzustellen, so ist die Existenzfrage der auf technische Erzeugung angewiesenen Industriebelebendigung auf das Ernsteste gefährdet. Dieser grobe Teil des Volkes wäre der Möglichkeit beraubt, sich seiner Entwicklung und Ausbildung entsprechend am Leben zu erhalten. Die Not würde uns also zu einer grundlegenden Umstellung der Lebensformen, zur Rückbildung vom Industrielebens zum Agrarlebens, zur Übersiedlung der Stadtbevölkerung auf das Land, zur Siedelung in großstädtischen Umfange zwingen. Aber das wäre doch eben nur eine Maßnahme der Not, denn die rein agrarische Lebensform entspricht den Notwendigkeiten des deutschen Volkes nicht. Wohl aber würde sie den Absichten der gemäßigten Mächte entsprechen.

Aber wenn sich unser dem Zwang einer dauernd aufrechterhaltenen Unterdrückung und Weltabgeschlossenheit die Umstellung unter Lebensformen zu agrarischen Bedingungen auch in denkbar weitestem Umfange vollziehen sollte, so kann das deutsche Volk auf diese Weise doch nicht ausreichend ernährt werden; ganz abgesehen davon, daß wir ja nicht nur das nackte Leben erhalten wollen, sondern daß wir auch die Lebenslast unserer äußeren und inneren Schulden abtragen sollen. Für die Lösung dieser gewaltigen Aufgaben gibt es keine andere Möglichkeit als eine intensive Beschäftigung unserer Industrie.

Nach dem nun endgültig eintretenden Friedenszustande werden wir in der Frage unserer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung allmählich wieder klarer sehen können, als es während des vorausgegangenen Jahres möglich war. Irgeiwie müssen wir wieder in ein Verhältnis zur Außenwelt kommen. Wenn wir auch nicht daran denken können, in absehbarer Zeit wieder den Wirtschaftstand von 1914 zu erreichen, so besteht doch immerhin die Hoffnung, daß mit dem Eintritte des Friedensverhältnisses sich die eiserne Umklammerung, die uns seit fünf Jahren von der Welt abschloß, wieder löst und uns wenigstens in einem gewissen Umfang eine neue wirtschaftliche Entwicklung möglich ist. Im andern Falle würde dem deutschen Volke das Schicksal der ständig fortschreitenden Verarmung, der Degeneration und Auswanderung drohen. E. S.

Ernährungswirtschaft

Verstärkter Kampf um das tägliche Brot

In verschiedenen Großstädten Deutschlands haben sich in den letzten Tagen die Stadtparlamente und sonstige berufene Körperschaften mit den von Tag zu Tag sichtbar werdenden neuen Gefahren für die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln sehr eingehend beschäftigt. Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden haben sich sogar veranlaßt, in einer besonderen Besprechung mit dem Reichskanzler und dem Ernährungsminister den gegenwärtigen Stand der Dinge in der Ernährungswirtschaft und deren Aussichten für die nächsten Wochen und Monate zu erörtern. Das Resultat dieser Besprechungen war kein beruhigendes. Die Beunruhigung über die zur Kenntnis der Stadtverwaltungen und späterhin der Öffentlichkeit gekommenen Nachrichten, daß die Reichsgetreidestelle nur noch einen Vorrat für 14 Tage habe, wurde zwar von den Regierungsvorstehern abgeschwächt verurteilt; aber der Glaube an die diesbezüglichen günstigeren Versicherungen erfuhr trotzdem einen wesentlichen Stöße. Denn selbst über die schlimmsten Befürchtungen hinaus blieb doch noch die Tatsache bestehen, daß in einem Artikel im „Tag“ der Behnmetr v. Braun die auch von der Regierung nicht zu entkräftende Feststellung machte, daß uns bei Aufrechterhaltung der derzeitigen Proportion und des niedrigen Auswahlsatzes der Getreidebedarf für mindestens zwei Monate bis zur neuen Ernte oder rund 600000 Tonnen fehlen, selbst wenn die Landwirte ihrer Ablieferungsspflicht gewissenhafter als bisher nachkommen würden.

Die Reichsregierung bezeichnete alle Nachrichten über einen bevorstehenden Zusammenbruch der Brotversorgung als unrichtig. Die Reichsgetreidestelle sei nicht nur für 14 Tage gedeckt, sondern auf 1½ Monate. Die neuen Ablieferungsprämien ließen mit Sicherheit in allernächster Zeit eine stärkere Ablieferung erwarten, zumal die deutsche Brotgetreideernte nicht so unglücklich gewesen sei, wie ursprünglich angenommen wurde. Die Einfuhr für das trockene noch verbleibende Defizit werde trotz des hohen Auslandspreises sichergestellt. Durch die neue Regelung der deutschen Warenausfuhr sei bestimmt zu erwarten, daß die Reichsregierung ausreichende ausländische Zahlungsmittel in die Hände bekomme, um den Valutadruck für deutsche Getreideeinkäufe im Auslande wesentlich zu mildern.

Leider steht jedoch diese verhältnismäßig optimistische Auffassung der Reichsregierung auf sehr schwachen Füßen, und zwar insbesondere hinsichtlich der größeren Forderungen nach die Wirkungen der neuen Ablieferungsprämien. Denn nach einer neuerdings bekanntgemachten Statistik der Reichsgetreidestelle handelt es sich bei den noch ausstehenden Getreideablieferungen viel weniger um solche der kleinen Landwirte als um jene von Großgrundbesitzern. Das ist das alte Lied. Gerade die Großgrundbesitzer haben in ihrer großen Mehrheit von jeher eine ganz frevelhafte Zurückhaltung ihrer Leistungen zum Wohle des Volksganzen als oberstes Geschäftsprinzip hochgehalten. Und jetzt, wo die Not des Volkes immer größer wird, reißt ihr Weizen, je länger sie mit seiner Ablieferung zurückhalten, nicht nur buchstäblich, sondern wirklich zu Goldkürnen heran. Für sie gibt es daher weder Not noch Gebot. Schon zu Grenzzeiten des gelobten „Solländers“ wußten sie ihre „Kreuzdeutsches“ Gefinnung unter der Parole: „Und der König ist ablos, wenn er uns den Willen tut“, an den Mann zu bringen. Und wer da ernstlich glaubt, daß diese Herren nun vor einer Regierung von Volkes Gnaden mehr Respekt haben als vor einer solchen von „Gottes Gnaden“, der kennt die deutsche Junkerlippe schlecht. Ihr bekannter Kampf gegen den Mittelstand, ihr ehemaliger Wahlanspruch „Ohne Kanth keine Kähne“ bis zur „vaterländischen“ Kriegsbegünstigung derer „von“ und „zu“ föhlich wie weislich der Erde waren ja nur wohlberedene und eisenföhrige Streuzüge gegen die früheren und zukünftigen ausländischen Getreidekonkurrenten, deren Konkurrenz die deutschen Herren von Ur und Kalm ärger fürchten als den Teufel. Und jetzt, wo ihre brutale Macht und Profitpolitik pro domo das deutsche Volk an den Bettelstab gebracht haben, wollen die Herren auch noch die bisherige schon stark gelocherte Zwangsverpflichtung von Getreide, Kartoffeln, Fleisch usw. zu Fall bringen, damit auch sie gleich den Freireisern in Industrie und Handel an Weibbluten des deutschen Volkes noch ihren Valutareiback machen können.

Es soll trotz dieser Beurteilung der agrarischen Wünsche von uns jedoch nicht bestritten werden, daß die deutsche Landwirtschaft unter der bestehenden Zwangsverpflichtung für die nötigsten Agrarprodukte gegenüber andern deutschen Unternehmerrgruppen innerhalb der deutschen Volkswirtschaft in gewisser Hinsicht im Nachteil ist. Es ist für jeden halbwegs objektiven Beurteiler der gegenwärtigen wirtschaftlichen Erscheinungen innerhalb der rampantierten deutschen Grenzpolitik unbefreitbar, daß gegenwärtig auf Unternehmerrseite in Industrie und Handel eine geradezu verbrecherische Freireuterei gegenüber dem Volksganzen gefährlässig geworden ist. Das ganze Valutareiback ist nicht zuletzt auf dieses Treiben der deutschen privatekapitalistischen Profitgier und Kapitalflucht zurückzuführen. Daraus ist aber für die Agrarier noch lange nicht das Recht abzuleiten, daß sie nun eben so schamlos die Not des Volkes ausbeuten dürfen. Die Wurzel dieses Übels liegt eben darin, daß die diesbezüglichen Vorgänge in Handel wie Industrie dank der verheerendsten Wirkungen der ominösen „Geschäftsgeheimnisse“ bisher nur schwerer zu fassen waren, als dies der Landwirtschaft gegenüber möglich war; obwohl auch bei der letzteren weit mehr Schiebungen vorkommen, als es sich mit der sogenannten deutschen Ehrlichkeit auch bei noch so weitem Gewissen und noch so bescheidener Auffassung dieses föhlichen Begriffs verträgt. Das beweist vor allen Dingen die Notwendigkeit der neueren Abwehrmaßnahmen der Reichsgetreidestelle gegen die verbrecherische Getreideausfuhr ins Ausland aus den Beständen der deutschen Landwirtschaft zwecks Ausnutzung des Valutareibacks für alle, die etwas zu verkaufen haben. Es ist z. B. zunächst im Westen an der allen Zollgrenze des bestesten Getreides die Zahl der jetzt schon föhlichen Überwachungsbeamten um etwa 500 vermehrt worden. Ferner soll eine strengere Überwachung der Küstengewässer und der ostpreußischen, der polnischen, tschechoslowakischen und österreichischen Grenze durchgeführt werden. Damit ist das volksfeindliche Verhalten der deutschen Getreideproduzenten amtlich gekennzeichnet. Und so sehr man auch zugeben kann, daß viele deutsche Landwirte infolge der Kriegswirtschaftsnot und der Verteuerung aller agrarischen Produktionsmittel, wie Dünger, Werkzeuge usw., nicht auf Rollen gebettet sind, so rechtfertigt das doch keineswegs das skrupellose Bestreben der agrarischen Großgrundbesitzer, aus der Haut der noch viel ärger bedrängten Volksgenossen noch besondere Nerven zu schneiden. Denn jeder, der nur ein klein bißchen Gelegenheit hat, die häusliche und wirtschaftliche Lage der deutschen Landwirte kennen zu lernen, kann überall feststellen, daß die Landwirte noch lange nicht jene Ernährungsschwierigkeiten haben wie die übrigen schaffenden Kräfte von unten bis weit in den Mittelstand hinein. Und in Wirklichkeit sind es auch nicht die kleinen Landwirte, die sich so mächtig gegen die Zwangsverpflichtung von Getreide, Kartoffeln, Fleisch usw. auflehnen, sondern in der Hauptsache sind es die Großgrundbesitzer, die beharrlich ja auch für die farblichen und sonstigen sozialen Bestrebungen der Landarbeiter kein Entgegenkommen bekunden.

Wir verprechen uns daher auch von allen Maßnahmen, die zur Sehung der deutschen landwirtschaftlichen Produktion in der Hoffnung auf bessere zukünftige Ernten von maßgebenden Stellen geplant werden, gar nicht viel. Denn die Herren Großgrundbesitzer, auf die es in erster Linie ankommt, die wollen ja gar nicht mehr produzieren, um mehr abliefern zu können. Sie wollen im Gegenteil eine immer stärkere Nachfrage und ein möglichst geringes Angebot auf dem agrarischen Produktmarkt mit möglichst weitgehender Abkürzung von jeder ausländischen Konkurrenz! Sie sind Hochschuldbüßler und Völkerverderber der freien Wirtschaft, selbstverfälscht aber nur einer „freien Wirtschaft“, so wie sie sie auffassen. Ihrer reaktionären

und volksfeindlichen Haltung und Gesinnung haben wir es zum größten Teil zuzuschreiben, wenn wir schon in allernächster Zeit mit einer Herabsetzung der Zersetzungs zu rechnen haben, wie dies in den letzten Tagen durch den Reichswirtschaftsminister Schmidt gelegentlich einer Wirtschaftskonferenz der süddeutschen Minister in Stuttgart schon angeündigt wurde. Jönen, d. h. den Großgrundbesitzern, ist es in der Sauplache zuzuschreiben, daß sowohl die Kartoffelernte wie die Ablieferung infolge ihrer reaktionären Haltung gegen die Landarbeiterschaft verzögert wurde. Daß der zwar frühzeitige Eintritt des Winters in Rechnung gestellt werden muß, ist selbstverständlich; aber die 4 1/2 Millionen Zentner, die erzkoren sein sollen, sind weder bei den kleineren noch mittleren Landwirten vom Großen derart heimgeleitet worden wie gerade bei den Großgrundbesitzern, was besonders aus den Meldungen der großagrarisches Presse hervorgeht. Jönen ist es daher auch nicht zu danken, daß es bezüglich der Kartoffelverföhrung doch noch etwas günstiger ausfallen soll, als man vor kurzem noch annahm. Denn die kleineren und mittleren Landwirte haben ihre Kartoffelvorräte noch rechtzeitig eingemeldet, während sie bei den Großgrundbesitzern infolge des von ihnen meistens selbst verschuldeten Arbeitermangels erzkoren oder verkauft sind. Über den Großgrundbesitzern hätten wir es auch zu danken, wenn das Kohlenbengelpent in den nächsten Monaten bei der großen Masse des Volkes wieder einzziehen würde. Sowohl die Politik wie die Wirtschaft der Junker wären einzig und allein schuld daran.

Aus allen diesen Erfahrungen und Tatsachen geht hervor, daß die dem deutschen Volke drohende weitere Verschärfung der Ernährungsnohe von der Regierung ganz anders bekämpft werden muß. Die Bewilligung von Ablieferungsprämien wird nicht ausreichend sein, um bei den Agrariern dem Schläge des pommerischen Landbundes und seinen verwandten Interessenorganisationen eine größere Sympathie für vaterländische Wirtschaftsförderung zu erwecken. Hier wird letzten Endes nur ein rücksichtsloses Zugreifen gegen alle passiven Resistenzen helfen. Darüber hinaus aber bleibt nichts anderes mehr übrig, als die noch fehlenden Nahrungsmittel aus dem Ausland einzuführen; koste es, was es wolle. Es dürfte vor allem empfehlenswert sein, allen Landwirten, die sich der Pflicht bewußt sind, die ihnen der Besitz oder das Verfügungsrecht über deutschen Ackerboden gegenüber den landlosen Volksgenossen auferlegt, nach besten Kräften für eine Wiedererfarkung ihrer Produktion beistehend zu sein. Ist es durch Besozugung bei der Betteferung von Dünger oder sonstigen landwirtschaftlichen Produktionsmitteln. Die in der Landwirtschaft besonders stark verbreitete genossenschaftliche Idee mit geradezu musterhafter praktischer Auswirkung wird dadurch bei den kleineren und mittleren Landwirten am besten gefördert werden können.

Aber man hüte sich vor der Überschätzung des Nutzens einer belpendern Begünstigung der deutschen Landwirtschaft. Schon in der Friedenszeit war die deutsche Landwirtschaft intensio am weitesten fortgeschritten, die von jeher meist nur extensio arbeitenden Großgrundbesitzer natürlich ausgenommen. Trotzdem reichte aber die gesamte deutsche landwirtschaftliche Gütererzeugung bei weitem nicht aus, das deutsche Volk zu ernähren. Die ausländische Ergänzungsnöwendigkeit wurde mit zunehmender Volksdichte und trotz Ausbreitung der intensiven landwirtschaftlichen Produktion immer größer. Diesen Einbuhebedarf kann die deutsche Landwirtschaft nach dem Raubbau der Kriegszeit noch viel weniger decken. Es müßten daher alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu steigern, und zwar ohne jede Rücksichtnahme auf die deutschen Grundbesitzer. Diese werden sich nur durch einen solchen Druck zu einer intensiveren Bewirtschaftung oder dementsprechender Aufstellung der großen Pändereien bequemen; vorausgesetzt, daß nicht eine gründliche gesetzgeberische Agrarreform sie dazu zwingen würde. Für die Gegenwart handelt es sich jedoch um etwas ganz anderes als um die Einleitung oder Durchführung einer tiefgreifenden Agrarreform. Diese ist zwar unerlässlich; aber selbst wenn sie sofort in Angriff genommen würde, könnte die deutsche Volkswirtschaft doch erst nach vielen Jahren Nutzen haben. Was uns in Wirklichkeit not tut, ist eine Sicherstellung der Volksernährung für die kommenden Wochen und Monate.

So wie die Dinge jetzt liegen, haben wir, wenn wir uns auf die deutsche Landwirtschaft verlassen wollen, in wenigen Wochen mit einer Herabsetzung der Zersetzungs, Verschlechterung der Ausmahlung, mit Kohlenbrennung, wie überhaupt mit einem bis jetzt noch nicht dagewesenen Zusammenbruche der deutschen Volksernährung zu rechnen. Eine Rettung von dieser Katastrophe dürfen wir unter keinen Umständen von der deutschen Landwirtschaft erhoffen. Sie kann nur durch eine sofortige Umgestaltung der deutschen Auslandsökonomie in Verbindung mit einer strengen Regierung der Ein- und Ausfuhr auf Grund einer nur auf dieses Ziel eingestellten Produktion in Industrie und Gewerbe erreicht werden. Bezüglich der zukünftigen Ökonomiepolitik wird ich schon ein erstes Vorbild zu verzeichnen, und zwar in dem deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrage, der kürzlich in Berlin zum Abschlusse kam. Polen verpflichtet sich dadurch zur Lieferung von 5 1/2 Millionen Zentner Kartoffeln, 100 000 Säcken, 20 000 Zentner Melasse und 1 Million Liter Spiritus zum Gesamtwerte von über 120 Millionen Mark. Deutschland liefert dafür auf die Dauer von fünf Monaten je 75 000 Tonnen Kohlen, einmalig 50 000 Tonnen Kohlen aus Vorräten, überließ feilweise 5000 Zentner (Stillschlagtonnenwagen), 100 Lokomotiven und 300 Eisenbahnwaggons auf fünf Monate und gibt 400 Waggons Stillschlagwaggons ab, alles zusammen zu einem Gesamtwerte von 471 Millionen Mark. Nach dem die deutsche Regierung endlich mit der bisherigen

verkehrten Ökonomiepolitik Schluß, so dürfen ähnliche Abkommen mit Sowjetrußland, besonders hinsichtlich Getreidelieferungen aus der Ukraine, leicht möglich sein. In gleicher Weise muß sofort die Ein- und Ausfuhr nach und von dem Süden, Westen und Norden durch die soeben errichteten Außenhandelsstellen (aber selbstverständlich nur unter weitgehender Mitarbeit und Mitkontrolle der Arbeiterschaft) darauf eingestellt werden: nur auszuführen, was wir wirklich entbehren können und müssen, und nur einzuführen, was wir zur Volksernährung am allernöwendigsten brauchen. Alle Luxuswaren müssen streng von jeder Einfuhr ausgeschlossen werden. Zu allem gehört aber auch eine entsprechende Organisation und Sebung der Produktion auf gemeinschaftlicher Grundlage, so wie sie im Artikel 156 (Absatz 2) der Reichsverfassung und nach den Grundgedanken des Sozialisierungsgesetzes vorgesehen ist. Alles dies kann aber nur erreicht werden, wenn die Arbeiterschaft im Produktionsprozeß endlich ein gleichberechtigtes Mitbestimmungs- und Kontrollrecht eingeräumt wird. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die jetzt in den freien Gewerkschaften über 7 Millionen Köpfe zählen, sind zum Aufbau einer solchen neuen Wirtschaftsunterordnung bereit, aber nicht als Sklaven agrarischer und industrieller Profitwirtschaft, sondern nur noch als gleichberechtigter Glieder und Mitstreiter eines wohl äußerlich, aber nicht innerlich besiegten Volkes. Diesem Willen gegenüber wird sich alle Spekulation des industriellen Unternehmertums und der Großgrundbesitzer auf eine Wiederaufrichtung und Konfervierung der durch den Weltkrieg zum Bankrott vorkerfallenen allen privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung je länger je mehr als Traglast erweisen. Der verhärtete Kampf um das tägliche Brot kann diese Willenskraft nicht erschöpfen. Er wird sie bei allen ruhiger denkenden Arbeitern nur noch mehr härten, gleich dem glühenden Eisen, das durch Hammerschläge auf dem Ambos immer härter wird. Die gegenwärtig immer deutlicher hervortretende Zerrüttung des Wirtschaftslebens ist in diesem Zusammenhange nur ein ebenso deutliches „Monotekel upharsin“ für alle Gegner dieses Völkessiegens neuer Zeit, der als Resultat der Vergangenheit und Gegenwart in natürlicher und logischer Entwicklung einer wirtschaftlich und sittlich höher stehenden Zukunft zutreibt. Dieser Aufbau einer besseren Zukunft kann aber nicht mehr auf dem Sumpfgelände der bisherigen privatkapitalistischen Profitwirtschaft erfolgen, sondern nur durch einen zielbewußten Abbau der ganzen Preispolitik und -spekulation der heutigen Wirtschaftsweise. Die Arbeiterschaft ist bereit und gewillt zur Arbeit an diesem Werke. Sie hat nach dieser Richtung keine Gesellschaften zu schicken, wohl aber die agrarischen wie industriellen Besitzer der Produktionsmittel. Diese allein sind die Urheber des ständig stärker werdenden Kampfes ums tägliche Brot. Und jeder Versuch, der das hier aufgesetzte Ziel nicht mit der Wurzel auszureißen trachtet, wird Siphonarbeit sein und bleiben. Das beweist der ganze Verlauf der bisherigen Wirtschaftsentwicklung vor und nach der Revolution bis heute.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

W. Bürgenstein oder Hugo Sinnes? In der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ vom 2. Januar wurde aus Berlin berichtet, daß die Firma W. Bürgenstein seit 1. Dezember 1919 eine offene Handelsgesellschaft unter der Firma W. Bürgenstein, Druckereigesellschaft, Berlin, geworden ist. „Gesellschafter sind: Georg Friedrich Wilhelm Bürgenstein, Gehelmer Kommerzienrat, Berlin, Hans Jakob Sternheim, Kaufmann, Berlin-Schmargendorf, und Max Theodor Ludwig Feldt, Druckereidirektor, Berlin.“ Im „Seltungsverlage“ vom 9. Januar 1920 ist jedoch über diese „Gesellschaftsveränderung“ folgendes zu lesen: „Nachdem der bekannte Mühlheimer Großindustrielle Hugo Sinnes kürzlich die Aktienmehrheiten der Königsberger Zellulosefabrik und der Norddeutschen Zellulosefabrik an sich gebracht hat, erfährt man jetzt näheres über eine weitere Transaktion auf graphischen, papierindustriellem Gebiet. Es hat nämlich die Buchdrucker W. Bürgenstein und Deutscher Verlag, G. m. b. H., in Berlin die Firma geändert in „Buch- und Zellulosefabrik Hugo Sinnes, G. m. b. H.“ Demnach scheint Hugo Sinnes auch hier eine maßgebende Beteiligung nun eingegangen zu sein. Letzterer Geschäftsführer ist der bisherige Einzelprokurist der Firma Hugo Sinnes, Friedrich Minnow, geworden.“ Es wäre nun jedenfalls für weite Kreise des graphischen Gewerbes sehr interessant, wenn öffentlich darüber Aufschluß gegeben würde, welche von diesen beiden Meldungen richtig ist. Nach der Meldung der „Zeitschrift“ hat Hugo Sinnes mit der Firma Bürgenstein gar keine offizielle Verbindung, während nach der Meldung des „Seltungsverlags“ der Name Bürgenstein in der von Hugo Sinnes erworbenen Buchdrucker W. Bürgenstein unter dem neuen Firmenstil völlig verschwunden ist.

Revolutionsdrucksachenammlung. Einen Anlauf zur Sammlung aller Drucksachen, die sich auf Deutschlands Neugeburt beziehen, erläßt der Direktor der Deutschen Bücherei in Leipzig. Er sagt u. a.: Es gilt alles zusammenzutragen, was an Druckschriften über die politische, soziale und wirtschaftliche Neubildung erscheint. Alles, von Buch und der Flugdrift bis herab zum Werbeblatt und Handzettel, alles: Sagen, Programme, Aufrufe, Warnungen, Bekanntmachungen usw. Alle werden gebeten: Behörden, politische Parteien und Gruppen, Vereine, Anstalten, Stiftungen und Einzelbürger, Geheimtaten werden auf Wunsch als solche behandelt und unter besonderen Vorbehalt der Direktion gemonnen. Wenn jeder hilft, der es kann, ist die Mühe für den einzelnen klein,

gewaltig aber der Schatz für die deutsche Wissenschaft der Zukunft. Einladungen werden unter der Aufschrift „Revolutionsdrucksachen“ erbeten, die bisherigen alsbald, die künftigen gesammelt in größeren Zwischenträumen, am besten allmonatlich.

Die verkehrte Lebenshaltung. Nach neueren Feststellungen des Direktors des Statistischen Amtes der Stadt Berlin-Schöneberg, Dr. R. Kucynski, haben sich die Kosten für den wöchentlichen Mindestverbrauch einer Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren auf 190 Mk. erhöht. Auf die Ernährung entfallen davon 90 Mk., auf Schuhwerk und Kleidung 45 Mk., für Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Wäschereinigung 27 Mk., auf sonstiges 28 Mk. Dr. Kucynski hat seine Berechnungen für die Ernährung nach der wissenschaftlichen Kalorienlehre aufgestellt, und zwar unter Zugrundelegung der billigsten dafür geeigneten Nahrungsmittel. Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 11 vom 7. Januar sind weitere Einzelheiten darüber abgedruckt.

Neue Kohlenpreiserhöhung. Am 30. Dezember v. J. hat der Reichskohlenverband unter Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums neue Kohlenpreiserhöhungen beschlossen. Diese Preiserhöhungen verstehen sich jeweils einschließlich Kohlensteuer, aber ausschließlich Umlaststeuer. Abgesehen von den Steuerbeträgen sehen sich die Preiserhöhungen im allgemeinen aus zwei Teilen zusammen. Der eine Teil dient zum Ausgleich der seit den letzten Preiserhöhungen wieder sehr erheblich gestiegenen Preise der im Bergbau benötigten Materialien (insbesondere Holz und Eisen). Der andere Teil soll die Mittel schaffen für die beabsichtigten großzügigen Neubauten von Bergarbeiterheimstätten, die im weiteren Verlaufe zur Erhöhung der Produktion führen werden, und für die Lieferung von billigen Lebensmitteln an die Bergleute, die Überschichten verfabren; da diese Lebensmittel erst allmählich beschafft werden können, so kann die Wirkung dieser Maßregel nicht sofort eintreten. Die Erhöhungen der Verkaufspreise für die einzelnen Kohlenarten betragen pro Tonne: Für den Bezirk des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbunds: Kohle allgemein 13,60 Mk., Nutholzen 21 Mk., Brikkets 40,60 Mk., Kohls allgemein 26,70 Mk., Brechkohls I-III 31,70 Mk., Brechkohls IV, Anabekkohls, Kleinholks, halb gel. und halb gebr. Kohls, Perikohls 29,70 Mk., Kohlsgrus 9 Mk., Schlammkohle, minderwertige Feinkohle 6,80 Mk., Walsberge und Mittelkohlen 4,80 Mk. Für den Bezirk des Niedersächsischen Kohlenbunds: Förderkohle 18,60 Mk., Schmelzkohle 21 Mk., gewalchene Nutholze 21 Mk., Brechkohls 31,70 Mk., Stüchtkohls 26,70 Mk., Perikohls 29,70 Mk., Brikkets 40,60 Mk. Für den Bezirk des Niedersächsischen Steinkohlenbunds: Kohle 21,60 Mk., Kohls 31,20 Mk., Brikkets 33,60 Mk., Schlammkohle 8,80 Mk. Für den Bezirk des Sächsischen Steinkohlenbunds: Kohle allgemein 21,60 Mk., gewalchene Kohle 24 Mk., Kohls 34,80 Mk., Abfallkohle 10,80 Mk. Für den Bezirk des Mitteldeutschen und des Ostpreussischen Braunkohlenbunds: Brikkets und Abfallkohle 27,60 Mk., Stüchtkohle 8,04 Mk., Nutholze 6,84 Mk., Grudekohle 30,60 Mk.

Abbruch des Streiks der Versicherungsangestellten. Weil „das Ziel der Versicherungsangestellten, die Unfallversichererverbände zur Übernahme von Verhandlungen zu bewegen“, erreicht sei, hat der Zentralverband der Angestellten den Streik abgebrochen. Alle am Streik Beteiligten wurden wieder eingestellt. Als Grundlage der neuen Verhandlungen wird von bei den Parteien der Reichsstarb vom 12. Mai 1919 anerkannt.

Erhebungsart der zukünftigen Einkommensteuer. Nach den neuen Bestimmungen über die Einkommensteuer ist die Steuererklärung für alle diejenigen, die über 3000 Mk. Einkommen beziehen, beibehalten worden. Die Verpflichtung des Unternehmers zur Einreichung von Lohnlisten ist ebenfalls gesetzlich festgelegt worden, weil sich diese in der Praxis bewährt haben. Danach sind alle Unternehmer, die Personen gegen Gehalt und Lohn länger als zwei Monate beschäftigen, verpflichtet, deren Namen, Stellung und Wohnung sowie das Einkommen derselben dem zuständigen Finanzamt mitzuteilen. Die wichtigste Bestimmung ist, daß der Unternehmer in Zukunft die Steuer vom Einkommen seiner Angestellten abziehen muß. Danach hat der Unternehmer bei der Lohn- oder Gehaltszahlung 10 Proz. des reinen Arbeitslohns einzubehalten und für diesen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerfen. Ob sich dieses Verfahren, das finanztechnisch ja ganz auf sein mag, vom moralischen Standpunkt aus auch rechtfertigen läßt, erscheint mehr als fraglich. Als Arbeitslohn gelten Gehälter, Besoldungen, Löhne, Entlöhnen, Gratifikationen, lerner Miwengelder, Ruhegehälter, Warfegelder usw. Der zehnprozentige Steuerabzug ist als Abschlagszahlung auf die geschuldete Einkommensteuer zu betrachten, für die Arbeitnehmer wie Unternehmer als Gesamtschuldner gelten. Der Arbeitnehmer muß sich vor Beginn eines Arbeitsverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Arbeitsortes eine Steuerkarte ausstellen lassen, die dem Unternehmer bei jeder Lohnzahlung zum Einkleben und Entwerfen der Steuermarken vorgelegt werden muß. Der Unternehmer hat dem Arbeiter auf Verlangen eine Quittung über den einbehaltenen Betrag (den Wert der Steuermarken) zu geben. Diese Steuermarken sind dann bei der Steuerzahlung wie bares Geld zu verwenden. Ist der Steuerbetrag höher als die einbehaltenen Marken, so ist die Differenz nachzugeben, beträgt er weniger, so wird der überschüssige Betrag sofort zurückerstattet. Verlorene oder beschädigte Steuermarken werden ersetzt, die nachgewiesenen eingeklebten und entworfenen Steuermarken nach ihrem vollen Wert auf die Steuerschuld aufgerechnet. Für Steuerhinterziehungen sind Geldstrafen vom fünf-

bls zwanzigfachen Befrage der hinterzogenen Steuer vorzulegen; daneben kann auch noch auf Gefängnisstrafe erkannt werden.

Praktische Sozialisierung im „Grundstein“, dem Organ des deutschen Bauarbeiterverbandes, werden an einem Beispiele der Bauarbeitergenossenschaften in Italien die Voraussetzungen praktischer Sozialisierung aus eigener Kraft der Arbeiterklasse in folgender Weise veranschaulicht zu machen gesucht: Das andauernde Ruhen nach Maßnahmen der Regierung, um die Sozialisierung der Produktionsmittel in die Wege zu stellen, fängt an, lächerlich zu wirken. Man hat den Eindruck, daß sich dahinter eine reiß große Hilflosigkeit verbirgt, eine Ratlosigkeit und zugleich ein Mangel an Zuversicht in die eigene Kraft, weshalb man nach guter alter deutscher Tradition nach oben schaut und von dort alles Heil erwartet. Zu verwundern ist das schließlich nicht. Die deutsche Arbeiterbewegung hat sich vor dem Siege wenig Kopfzerbrechen darüber gemacht, wie man sozialisieren könnte; sie hat sich damit begnügt, den Gedanken nur so ganz allgemein zu propagieren. Sie hat sich ängstlich gehütet, auch einmal selbst etwas zu probieren, etwas Neues zu schaffen, Mittel zu suchen, um den Kapitalismus mit seinen eignen Waffen zu schlagen. Sollte man früher in Deutschland den Genossenschaftsgebunden besser gefördert, die finanzielle Macht der Gewerkschaften in dessen Dienst gestellt, dann hätten wir heute ganz andre Ansätze zum Sozialismus, dann hätte vor allen Dingen die große Masse der Arbeiter etwas mehr von jenem sozialistischen Geist in sich, ohne den nun einmal eine Sozialisierung nicht möglich ist. Es wird dann weiter aus einandergeleitet, warum und wie die italienische Regierung die Genossenschaften gefördert habe und gelang, in Deutschland mühten vor allen Dingen aus der Genossenschaftsgebäude alle jene Bestimmungen ausgemerzt werden, die einer vollen Entwicklung hinderlich seien: Wenn auf dem Genossenschaftswesen kommen wir am schnellsten zur Sozialisierung. Und auch wir müssen jetzt alle Mittel anwenden, die kapitalbildend wirken, um aus dem jetzigen Elend herauszukommen. Endlich wird noch auf den hohen idealen Sinn hingewiesen, von dem jene italienischen Genossenschaften durchdrungen seien, der jede öde Profitmacherei ausschlebe, die Überschüsse in weitgehendem Maße gemeinnützig verwernde und eine bewundernswürdige Hingabe an den Betrieb und ruhige, freiwillige Unterordnung unter die eingeleitete Leitung mit sich bringe.

Freihandelsfolgen in England. Wie gefährlich es wäre, die ganze Lebensmittelbewirtschaftung dem freien Handel auszuliefern, beweisen die Folgen eines derartigen Verkehrs in England. Dort wurde dem Drängen der Frei-

handelsgeoffenen teilweise nachgegeben und z. B. die Kontrolle über Speck aufgehoben. Es wurde verifiziert, daß die Preise stark und dauernd fallen würden, aber das Gegenteil war der Fall. Vier Monate lang stiegen die Preise regelmäßig. Große Mengen von minderwertigem Speck wurden auf privatem Wege eingeführt, so daß im Herbst der Markt damit überflutet war. Im Januar wurde die Kontrolle wieder eingeführt, worauf die Preise für Schweine in einem Tage um 3 sh und dann stetig weiter stiegen. In der Zeit obiger Kontrolle wurde der Speck durch diese Zwischenhändler mit Nutzen verkauft, der sich bisweilen auf das Zweifache des kontrollierten Preises bezog. Nach drei Wochen mußte die Kontrolle wieder eingeführt werden, worauf die Preise wieder normal blieben.

Briefkasten

K. A. in P.: Diese umgehende Information verpflichtet uns zu bester Berichterstattung. Wie der Anhang in dieser Nummer zeigt, tritt nachherausweise Bemerkung nach Material ein. Die andre Eingekommene ist nicht so hochherzige, sondern kommt vielleicht nun in nächster Nummer bei einem Thema mit zur Sprache, das, wie in vorliegender Nummer bemerkt, schon seit Monaten vorgehen ist. Die Zeitiger Oppositionsmänner haben draussen sündliche Absicht erlassen, wenn auch die Reichsstaatsrat von dort auf den Wahlzettel in ihrer Kandidatliste voranzutreten ist. — J. S. in S. m. A. G. in U.: Werden Einwendungen zurückgelegt, da die zum 1. Februar vorgelegene Regelung in den Sozialverträgen der nächste Punkt der Angelegenheit ist. — J. S. in U.: Wegen des der Gewerkschaftsgemeinschaften geübten Mißtrauens der der Gewerkschaften nachgeordneten Vermögensgegenstände sind auch die Verhandlungen eingeleitet. Es ist das eine Mißtrauen, deren Eigentum nicht noch besondere Artikel verlor. Wenden Sie aber als Material betrachten, und wenn erforderlich, Passendes daraus verwenden. Die Raumknappheit einerseits wie andererseits das Gebot der Billigkeit zwingen zu besserer Verteilung der Fragen und Antworten. — W. A. in A.: Das jene Seite nicht sein ist dabei, was schon zu vermuten, Ihre Einwendung macht das bis zu einem gewissen Grade wahr-scheinlich. Ein langwieriger eingeleiteter Vorgang löst uns von der Berücksichtigung ab, werden aber mit dem Verbandsoorstande darüber in Verbindung treten und wollen sehen, wie nun der Sale läuft. Geht es nicht zurückgegriffen werden. Besten Dank! — E. S. in U.: In ähnlichen Streitfragen geben wir prinzipiell keine Auskunft; dafür sind die Tarifverträge oder nützlich das Tarifamt zuständig. — W. S. in G.: Solche Nachforschungen können wir nicht übernehmen. — J. S. in U.: Beschwerde melieren gegeben. — P. S. in E.: Aufnahmestelle sowie Nachtrag dazu eingegangen. — S. B. in G.: 3,20 Mk.

Verbandsnachrichten
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Schamlopfach 5 II.
Sprechsprecher: Hans Kurlrich, Nr. 1191.
Konfanz. Dem Seher Willst Geisardt aus Magdeburg wurde bei seiner Einreise in die Schweiz nebst seinen Effekten auch sein Verbandsbuch (Hauptbuchnummer 60951),

ausgestellt vom Schweizerischen Typographenbund Nr. 11 063 vom 17. November 1906, geköbten. Demselben wurde ein neues Buch unter Nummer 105898 ausgestellt und das geköbte für ungültig erklärt.

Korrespondenzänderungen

Zorgau. Vorsteher: Kurt Kempel, Paradeplatz 2.

Verammlungskalender

München. Generalversammlung Sonnabend, den 17. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im „Raiterhof“.
Chemnitz. Maschinenmeister-Generalsammlung Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, in den „Drei Raben“.
Biberach. Generalversammlung Freitag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im „Hof“.
Dresden. Generalversammlung und Galadinner Freitag, den 16. Januar, nachmittags 4 Uhr, in „Schubert's Hof“, Kleine Plauen'sche Gasse 2 I.
Graz. Jahreshauptversammlung Sonnabend, den 17. Januar, abends pünktlich 7 Uhr, im „Lunel“.
Stirberg. Schl. Hauptversammlung Sonntag, den 18. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Scherf“ Markt.
Langensalza. Versammlung Sonnabend, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Raufenkranz“.
Wannheim-Gubmühlhausen. Maschinenmeister-Generalsammlung Sonnabend, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Schneberg, D 4, 5.
Mühlhausen i. Th. Generalversammlung Sonntag, den 18. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in „Wonnars Felsenkeller“.
München. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 18. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Pfafflocherstraße.
Pilsen. B. Generalversammlung Sonntag, den 25. Januar, mittags pünktlich 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schiller-garten“.
Wittenberg. Generalversammlung Sonnabend, den 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im „Bürgergarten“, Grünstraße.

Schwedischer Typographenbund
Wegen der schlechten Arbeitsverhältnisse in Schweden ist es nicht wünschenswert, daß ausländische Kollegen hier Konditionen annehmen. Es sind in Schweden viele Arbeitslose vorhanden. Dazu kommt, daß die Stellenangebote in deutschen Zeitungen nur den Zweck verfolgen, billigere Arbeitskräfte heranzuziehen; ein Ziel, das von überzeugten Gewerkschaftlern selbstverständlich nicht unterstützt werden darf. Wir erwarten deshalb, daß kein deutsches Verbandsmitglied Stellung in Schweden annehmen wird!
Stockholm, im Januar 1920.
Der Vorstand des Schwedischen Typographenbundes
G. E. Malmberg, Sekretär.

Sammelbestellungen auf die Verbandsgeschichte
durch die Vorstände sind wegen der auf diesem Wege zu erzielenden Verbilligung des Bezugs das Empfehlungswürdige. In allen Mitgliedschaften sollte dafür gesorgt werden, daß ein jeder ein Mitglied der Verbandsgeschichte besitzt. Die Verbandsstellen sind unverändert zum 27. März 1920. Bitte die Adressen in den Verbandsbüchern angeben. Bei Bahnversand durch besondere Mitteilung (Halter, Besteller und Zahlungsstelle) geben einwilligen noch in bisheriger Weise (ad 1: Rabelli & Stille, Leipzig, ad 2: Verbandskassierer Bruno Schweinitz, Berlin).

Motivenshaft „Typograph“ Serie 3, neuere Ausgabe, Unerhöplicher Wegweiser und Ratgeber bei Herstellung von geliebten Grundsätzen. In Ref. 4,50 Mk., bei Vereinf. Nachn. 4,80 Mk. F. Wittenands, Graph. Verlag, Bonn a. Rh., Rosenlat 42.

Gebrauchte Ziegeldruckpresse
Format 28x38 oder 30x42 cm, und
gebrauchte Taktumiermaschine
noch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Offerten erbeten unter N. G. K. 128 an Max-Naasenstein & Vogler, Nürnberg.

Eine der größten Erfindungen im Buchdruckgewerbe ist der
Klykoko
Es ist das erste und alleinige Mittel, um verbrauchte Druckwalzen wieder aufzufrischen und ohne Zerstörung leicht in einer Minute wieder nutzbringend und druckfähig zu machen. Bei Farbenwechsel verhindert er das Nachschmullen der alten Farbe, bei festem Gebrauch das Reissen und Abbröckeln der Walzen und beim Umzug schaft er stehende Masse; er wird zur Wohlthat für den Drucker, erspart Geld, Zeit und Mühe. Bitte Prospekt zu verlangen.
Preis pro Kilo 30 Mk., ab Fabrik.
Probeforderungen für 2-3 Maschinen reichend portofrei und Spesenfrei 12 Mk. Chemische Fabrik für Buchdr. Bedarf: artikel Karl Eich, Leipzig-Geserhausen.

Unentbehrlich für jedermann ist das soeben erschienene Meyers Handlexikon
7. Auflage, mit 1616 Textabbildungen, 45 Karten und 80 Wiederaufnahmen.
Ein Band in Reimen gebunden 44 Mk.
Das Werk bringt in kurzer, gemeinverständlich Form alles Wissenswerte über die Entwicklung der Welt und die Fragen der Gegenwart.
Zu beziehen durch die Buchhandlung: A. Siegl, München 9.

Junger Geher, 21 Jahre alt, wünscht sich an der
Linotype auszubilden
Gefl. ausführliche Angebote erbeten an
Gustav Hoff, Freiburg i. Br., Rheinstr. 34 I.

Linotypeseher
guter Maschinenkennner und -pfleger, der auch instand ist, möglichst fehlerlos zu setzen, für künftigen baldigen Antritt gesucht, Angebote mit Lebenslauf und Gehaltsforderungen unter Nr. 232 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Linotypeseher
lichtig an Maschine und in Sachkenntnis, mit Kenntnis von Petroleumbrenner vertraut, stellt sich möglichst sofortigen Antritt ein.
„Volksstimme“, Tübingen.

Erprobter Rotationsmaschinenmeister
für 32 Leiste, bündellose Rotation, auch in Flachdruck bewandert, zum baldigen Eintritt ins besetzte Gebiet gesucht. Angebote mit Zeugnisabschrift und Gehaltsforderung erbeten.
[231] SammlerBuchdruckerei, Bremen (Rhd.)

Sandpressenabzieher
für die Seherlei (gelehrter Buchdrucker) sucht
[219] Gustav Stiefel, Buchdrucker, Berlin W 8, Mauerkraße 48.

Tüchtiger Mechaniker
mit Erfahrung in Schriftmaschinenfabrikation, für Monotypie-Gießerei, Reparaturen gesucht.
Technik, Berlin NO 43, Keldstr. 39.

Ein mit der galvanischen
Verzinkung
durchaus vertrauter
Gehilfe
wird zum sofortigen Antritt gesucht. Werkstätten für Mechanik, G. m. b. H., Leipzig (Luisenpark).

Schriftseher
21 Jahre alt, sucht Stellung zur Weiterausbildung. (Wenn möglich in Thüringen.)
Offizien an
Oscar Bauer-Schmidt, Großbressenbach (Süd.).

Junger
Schriftseher
in allen Schritten bewandert, in ungeduldigster Eile, sucht sich zwecks Weiterbildung bis März-April zu verändern. Norddeutschland bevorzugt. Offizien unter F. S. 234 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger, fleißiger
Schriftseher
sucht Stellung. Merle Angebote unter Nr. 194 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Schriftseher
Mitte 30er, verheiratet, für allen Schriftarten bewandert, speziell im Angelegenheiten, wünscht sich nach 16jähriger Tätigkeit in angenehme Lebensstellung zu verändern. Kollektive bevorzugt. Jede Zeugnisse vorhanden. Gefl. Angebote erbeten an Fr. Stiefel, Neuhaus a. d. Oke, Reg.-Bez. Stade.
[193]

Mittlere Druckerei
eventuell einzelne Maschinen, in Breslau oder Schlesien sofort zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter Nr. 192 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Seltenerer Kriegszeitungen Kriegsgefangenenzeitungen Fliegerabwürfe usw.
zu kaufen gesucht.
Ingenieur Mankemiller, Bonn.

„Unterichtsbrieft. Buchdrucker“
28 Jahre alt, sucht erhalten, verkauft billig G. Kistler, Schneidemühl, Wasserstr. 1.

Musikinstrumente
aller Art
hervorragende Güte
Max Dürfel, Klingenthal S. S.
Preisliste frei

Blaue Anzüge
für Drucker, garantiert extra starkes Gewebe, in den Größen 46, 48, 50 und 52 (eigene, mittlere, große und breite Figur). Das Stück nur 48 Mk., gegen Nachnahme, Porto und Verpackung extra.
Karl Höner, Hofgeismar.
Alle Artikel für Druckerbedarf.
Für die Meisterprüfung
empfehlen geeignete Fachbücher Graph. Verl. A. Siegl, München 9, Isolombusstraße 1. Katalog 25 Pf.

Die Verbandsausstellung
vom 2. bis 10. Januar 1920
in der Halle des Reichsstaatsrats
in Berlin
Das Verbandsmonument
des Deutschen Typographenbundes
vom 2. bis 10. Januar 1920
in der Halle des Reichsstaatsrats
in Berlin

Zehler von C. v. Coelln
Samml. v. Sprachlehren, portofr. 1,80 Mk., u. and. gute Fachbücher f. Korrektoren. Neue Preisliste auf Wunsch kostenlos. Die Verlagsabteilung im B. d. D. T. G. Leipzig, Salomonstr. 8, Postk. -A. 53430

Am 8. Januar erlag einem Schlaganfall unter bewährtes Mitglied, der frühere Seherfaktor
Alfred Siebert
aus Breslau, im Alter von 54 Jahren. [229]
Bis zu seiner Invalidität zeigte der Verlorbene ein reges Interesse für das Vereins- und Berufsleben und beteiligte mehrfach Verbandsämter.
Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm
Der Ortsverein Breslau.

Am 9. Januar verchied nach langem Leiden der Seherinvalid
Markus Häh
aus Milna (Austland), im Alter von 65 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Kollegen der „Frankfurter Zeitung“, Frankfurt a. M.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 9. Januar unser lieber Kollege, der Seher
Otto Sud
aus Neulingen, im Alter von 82 Jahren.
Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.
Ortsverein Neulingen (Würtemberg).

Stah. Die Vorstände unseres Ortsvereins sowie auch des Gutenbergsbundes formulierten in gemeinsamer Sitzung die Forderung einer Wirtschaftsbefehle, und zwar für Verbehrate 400 Mk. sowie für jedes Kind 50 Mk., für Unverbehrate 200 Mk. Die Hilfsarbeiterorganisationen schlossen sich den Forderungen der Gehilfenschaft an. Die Prinzipalität erkannte zwar die wirtschaftliche Notlage an, lehnte jedoch die Forderungen ab mit dem Hinweis, daß in kurzer Zeit der Tarifausschub zusammen-treten werde, um zu gleichen Forderungen Stellung zu nehmen. Mit diesem Ergebnisse gaben sich die Kollegen nicht zufrieden und stellten nochmals die Forderungen mit dem Erluchen um scheinliche mündliche Verhandlungen. Diesem Erluchen kam nur die Firma Gebr. Genkner nach und bewilligte genannte Firma 300 Mk. für Verbehrate, 150 Mk. für Unverbehrate. Für die Hilfsarbeiter wurden 125—250 Mk. vorgelesen. Bei der Firma L. Schirmer kam es alsdann ebenfalls zu mündlichen Verhandlungen unter Mitwirkung des Betriebsausschusses, wobei man sich auf ein Kompromiß einigte. Die Firma bewilligte ebenfalls die Wirtschaftsbefehle in Höhe von 150 und 300 Mk. für Gehilfen und 125—250 Mk. für Hilfsarbeiter, jedoch unter dem Vorbehalte, daß bei Nichtbewilligung einer Wirtschaftsbefehle durch den Tarifausschub die Hälfte der Beiträge zurückgezahlt werden müsse. Bedeulend schwerer gestaltet sich die Verhandlungen bei der Firma „Arnestus“ Drucker, G. m. b. H., die anfangs ablehnte, dann aber die Wirtschaftsbefehle in selbiger Höhe bewilligte, jedoch unter dem Vorbehalte, daß die vollen Beiträge ab Mai 1920 in wöchentlichen Raten von 10 Mk. zurückgezahlt werden müssen.

Hamburg. Eine am 12. Dezember tagende allgemeine Versammlung aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen von Hamburg-Altona nahm endgültig Stellung zum neuen Tarif. Nach dem Berichte der Expertenvertreter über die den örtlichen Anhang betreffenden Abmachungen lebte die Diskussion über den Tarif ein. In dieser machte sich eine starke Opposition gegen denselben geltend. In der Abstimmung wurde dem Tarif jedoch zugestimmt unter einmütiger Annahme folgender Resolution: „Die Hamburger Schriftgießergewerkschaften erheben die schärfsten Proteste gegen das unzulässige Verhalten der Prinzipale im Schriftgießergewerbe; ferner gegen die rigorose Verschlechterung der Großgehilfenpositionen, die in durchaus keinem Verhältnisse zu den Verbesserungen stehen. Wir verlangen, daß die Zentral- und Tarifkommission gegen die Verschlechterungen Protest einlegt; außerdem gegen die Verschlechterung der Ferienbezüge um 10 Proz. sowie der vorübergehend im gewissen Gelde lebenden Berechnung um 10 Proz. Ferner beantragen wir, die unklare Forderung der Zuschläge von 25 Proz. Vohalszuschlag und 125 Proz. Teuerungszulage so umzuändern, daß es dem genauen Wortlaut entspricht, nämlich: 25 Proz. Vohalszuschlag, und auf die sich noch ergebende Gesamtsumme 125 Proz. Teuerungszulage mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1920, da hier unbedingt eine Verschlechterung vorliegt. Wenn wir trotzdem diesem Tarif zustimmen, so geschieht das nur aus Solidarität und um Ruhe und Ordnung im Gewerbe nicht zu gefährden. Wir verlangen aber, daß unsere wohlberechtigten Wünsche in einer sofort einzuberufenden Revision berücksichtigt werden.“ Nach einem Appell, besonders an die Minderheit, in Zukunft geschlossen zusammenzutreten und sich nicht zu unüberlegten Sandlungen hinreißen zu lassen, schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung.

Seißbrunn. Eine sehr stark besuchte Versammlung am 16. Dezember nahm mit Spannung den Bericht unseres Gehilfenvertreter Klein (Stuttgar) von der letzten Tarifausschubung entgegen. Anders gelehrten Facharbeitern gegenüber längt zu niedrig entlohnt, wurden die bewilligten 20 bzw. 25 Mk. als momentaner kleiner Ausgleich anerkennend genehmigt. Bedauert wurde, daß für die Konditionslosen nichts geschehen ist. Die Erhöhung des Beitrags wurde stillschweigend angenommen. Die Versammlung sprach die Erwartung aus, daß unsere Gehilfenvertreter auch für die Folge die so notwendigen materiellen Interessen der Gehilfenschaft nicht mehr ins Hintertreffen geraten lassen.

Magdeburg. Von den Vertrauensmännern des hiesigen Ortsvereins wurde eine Resolution zum Betriebsratsgesetz angenommen, die im wesentlichen folgendes besagt: „Die Vertrauensmänner der Buchdruckergehilfen sämtlicher Magdeburger Druckereien sprechen ihre Enttäuschung und ihr Erstaunen über die Beschlüsse des Betriebsratsausschusses der Nationalversammlung aus und legen die schärfste Verwahrung gegen die geplante Ausnahmebestimmung, die den Buchdruckern die wichtigsten und fundamentalsten Rechte der Betriebsräte aberkennt, ein. Sie erklären, niemals diese grundlosen und gefährlichen Ausnahmebestimmungen anerkennen und verlangen mit der größten Entschiedenheit die Gleichstellung im Gesetz mit den Betriebsräten der andern Berufe. Die Vertrauensmänner werden sich mit aller Energie und allen Mitteln gegen jede Rechtsverminderung zur Wehr setzen und diejenigen Rechte, die den Betriebsräten in andern Berufen zustehen, für ihren Beruf in Anspruch nehmen und auch durchsetzen wollen. Der Verbandsvorstand und die Gehilfenvertreter werden beauftragt, sofort Schritte zu unternehmen, um eine Annahme dieser Ausnahmebestimmungen in der Nationalversammlung zu verhindern bzw. eine Abänderung der Beschlüsse der Betriebsratskommission herbeizuführen.“

Mannheim. In der gutbesuchten Bezirksversammlung am 29. November begrüßte der Vorsitzende einige aus der Gelangenschaft zurückgekehrte Kollegen. Aufgenommen wurde ein Kollege. Den Invaliden wurden als Weihnachtsgabe zu den Teilens des Verbandsvorstandes

bevollmächtigt 50 Mk. je 100 Mk. aus der Bezirkskasse hinzu-bewilligt. Der zweite Punkt betraf die Stellungnahme zur Tarifausschubung. Von den Kollegen Porzig und Kunkel wurde Bericht über den Gauslag erstattet. Am 25. und 26. November fand die Kreisamts-sitzung für den Tarifkreis IV in Stuttgart zwecks Festsetzung ander-weitiger Regelung der Vohalszuschläge statt, zu welcher die Kollegen Goldmann und Seiwert delegiert waren. Ersterer erstattete Bericht, aus welchem hervorging, daß Mannheim ab 1. Januar 1920 20 Proz., die zugehörigen Druckerlohe 12 1/2, Proz., Schwesingen 7 1/2, Proz. und Badenurg, bisher ohne, 5 Proz. erhält. Unter „Verschiedenem“ wurde die mangelhafte Tätigkeit der Fabriks-inspektion kritisiert, kraße Mißstände hätten sich in einzelnen Druckereien eingeschlichen. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß es in erster Linie Sache der Vertrauens-leute wäre, in dieser Beziehung Remedur zu schaffen, sollte der Erfolg ausbleiben, wäre das Bezirksamt an-zurufen.

Meiningen. Bereits am 16. Dezember nahm die hie-sige Kollegen-schaft Stellung zu der Tagung des Tarifausschusses. Die Verammlung, zu der erst im Laufe des Tages Einladung ergehen konnte, war von 38 bei 44 Mit-gliedern besucht. Bezirksvorsitzender Wesselmann (Koburg) referierte über: „Die Tarifverhandlungen und die wirtschaftliche Lage der Gehilfen“. In der lebhaft ge-führten Diskussion wurde die abermalige Bevorzugung der Großfabrikkollegen bei Bemessung der Zulagen verurteilt und erwartet, daß die nächsten Verhandlungen der Lage der Provinzialkollegen mehr Rechnung tragen. (Eine mit den Tarifachen gar nicht im Einklange stehende Auffassung! Red.) Obwohl Gegner einer Wirtschaftsbefehle, wäre diese im letzten Stadium, um die Buchdrucker aus der Verwumpung herauszubringen, unbedingt notwendig ge-wesen. In einer längeren Resolution wurde scharfer Pro-test gegen die unzureichenden Teuerungszulagen eingelegt, da dieselben den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen. Nur um das Ver-trauen zu den Führern zu dokumentieren und den Dank für die schwierigen Verhandlungen abzustatten, sanden die getroffenen Abmachungen Annahme. Der kommenden Beitrags-erhöhung wurde einmütig zugestimmt. Eingangs der Versammlung wurden fünf Kollegen unter Aberreichung eines künstlerisch ausgeführten Diploms für 25-jährige Ver-bandszugehörigkeit geehrt.

Merleberg. Dem zu Anfang des Jahres hier gegrün-deten Ortsvereine, dessen Mitgliederzahl sich auf 13 be-trug, wurde nunmehr auch ein Graphischer Klub an-gegliedert, der sicherlich zum festen Zusammenhalte der hie-sigen Kollegen beitragen wird.

Blauen i. B. Die Tatsache, daß den Buchdruckern ge-nehmlich die Möglichkeit genommen werden soll, sich der wichtigsten Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen innerhald der Betriebe zu bedienen, gab Veranlassung zur Einlegung ent-schiedenen Protestes. Dieser wurde den acht sozial-demokratischen Nationalversammlungsgewahlbezirken des hie-sigen Wahlbezirks mit der Bitte gestellt, ihre ganze Kraft einzulegen und bei allen sozialistischen Abgeordneten der Nationalversammlung dahin zu wirken, daß ein Aus-nahmegesetz gegen die Buchdrucker nicht zustande kommt.

Wernigerode a. S. Die Jahrsamtsung am 22. No-vember hatte einen guten Verlauf. Nach Er-ledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten nahm die Versammlung Stellung zur Vorstandswahl, da ein Teil der Vorstandsmitglieder aus gewissen Gründen ihr Amt niederlegten. Aus der Neuwahl des Vorstandes gingen u. a. Kollege Schwarzwalder als erster Vorsitzender und Kollege Michau als Kassierer hervor. Nach Er-ledigung einiger örtlicher Angelegenheiten gedachte der Vorsitzende anlässlich des am folgenden Tage stattfindenden Sozialfestes der gefallenen Kollegen. Aus Anlaß dessen erhob sich die Versammlung zu Ehren der Toten von ihren Plätzen.

Würzburg. Die außerordentliche Generaver-sammlung vom 30. November nahm eine Statutenänderung vor, ehrte das Andenken zweier verstorbenen Kollegen und vollzog eine Aufnahme. Zum Würzburger Urtheil („Korr.“ Nr. 124) wurde beschlossen, entgegen der be-antragten Gausleistung an der schon wiederholt auf den Gaus-tagen geforderten Bezirks-einteilung festzuhalten. Die Tagesordnungen zur Gausortkonferenz und der Tarifausschubung fanden eingehende Besprechung.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Dreizehntägiger Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachfolgenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemein-schaft nachgeholt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme der-selben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)
I. Kreis. Braunschweig: Braunschweiger Genossen-schaftsdruckerei, e. G. m. b. H. — Bremen: „Bremer Ar-beiterzeitung“ für Bremen und Umgebung, e. G. m. b. H.; Buchdruckerei „Merkur“ (Hermann Bundes). — Hildes-heim: Hagemann, Paul, Nachf. (Paul v. Niema). — Osnabrück: Schinkel; Renard, Georg.
II. Kreis. Biele i. W.; Schröder, Wilhelm. — Düren: Orsler, Joseph. — Eldorf i. W.: Dines, Heinrich. — Hagen i. W.: Janßen, Leonhard. — Hohenlimburg: Dahmen, Hugo. — Köln: Leichenich; Köln-Lützing-hausen: Krauß, Max. — Mettmann: Böing, Fern.; Kirschmann, P.; Kolp, Otto („Mettmanner Zeitung“). — Rhendi: Bosenfchen, Peter. — Sobornheim a. R.:

Engbarth, Julius. — Trier: Eichhorn, J. W. (Snb.: Gebr. Berkhonen). — Wiedenbrück: Hosterdorf, Engelbert. III. Kreis. Frankfurt a. M.: Hamburger, Joseph. — Somburg v. d. S.: Schäler, Konrad.
IV. Kreis. Rastatt: Schwab & Kühn. — Schwenz-lingen a. N.: Breuninger, Oskar.
V. Kreis. Kirch i. B.: Pfeiffer, Andreas. — Sof in Bayern: Beck, Karl. — Tümmenstadt: Moser, Georg. — München: Münchener Sozialisdruckerei Stabl, Man-kerl & Co. — Sonthofen: „Allgäuer Anzeigebblatt“, e. G. m. b. H. — Sulzbach (Oberpfalz): Buchner, Hans, & So. VI. Kreis. Magdeburg: Mebes & Konow; Por-meller, Karl (Snb.: Fr. Gerhardt, Schulz, Richard). — Meuselwitz (Sa.-M.): Meuselwitzer Verlagsdruckerei, Gebr. Böfger. — Quedlinburg: „Quedlinburger Zeit-ung“ (Gerhard Werner). — Schmalkalden: Baum-bach, Wilh. Fr. — Sonneberg (Sa.-M.): Schmidt, J. Karl.

VII. Kreis. Dresden: Gutenberg-Druckerei, M. Nilsche. — Leipzig: Nilsche & Sohn, Photochemische Kunst-anstalt.

VIII. Kreis. Berlin: Apfeldor, L. & Sohn; Bin-ling, Gottl.; Pachsel, Job.; Sauer, J. G. m. b. H.; Speth, Christian; Wrede, Paul. — Charlottenburg: Peters, Friedrich.

IX. Kreis. Breslau: Büffel & Danigel. — Schweid-nitz: Berglanddruckerei Schweidnitz.

X. Kreis. Hamburg: Brandt & Renner Nachf. (Werner Böhmke). — Roffod: Verlagsgenossenschaft „Volkswacht“, e. G. m. b. H. — Sondern: „Neue Sondernsche Zeitung“. — Wismar: Rechenberger, Otto.

XI. Kreis. Bernau: Grüners, C., Buchdruckerei. — Raugard: Kleine, Gustav (Snb.: Frau Hedwig Kleine). — Rowawes: „Zeitung für Rowawes und Umgegend“. — Spandau: „Spanbauer Tageblatt“, e. G. m. b. H. — Steffin: Müller, Friedrich Wilhelm; Volkshilfsamt; Ver-lagsgenossenschaft „Der Kämpfer“, e. G. m. b. H. — Treb-bin: Buchdruckerei Emil Falk.

XII. Kreis. Löhren i. Ostpr.: Taschenberger & Dembeck.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurden gefristen die Firmen:

II. Kreis: B. Brod in Burgsteinfurt i. W.
V. Kreis: Buchdruckerei Widenbach in Widen-bach in Niederbanern.
IX. Kreis: Franz Sieber & Sohn in Döbern i. B.

Aus der Liste der tariffreien Gehilfen wurde gefristen der Seher Peter Senft in Essen (Ruhr).

Behandlungsweise betreffend
Arbeitsnachweise betreffend
Jena. Verwalter: Heinrich Lammel, Dornburger Straße 69 III.

Für die Kommission zur besseren Wirksamkeit der Arbeitsnachweise kommen als Mitarbeiter für die nachstehenden Arbeitsnachweise in Betracht die Herren:

Altenburg. Prinzipalsvertreter: Hans Stephan Geibel, Walter Bonde, Richard Hiller.
Bielefeld. Gehilfenvertreter: Heinrich Strothmann, Gustav Droske, Karl Jabel.
Braunschweig. Prinzipalsvertreter: Fr. Göbel, S. Kleucker, G. Weßermann. — Gehilfenvertreter: F. Schulz, R. Sederbitz, Fr. Till.
Breslau. Gehilfenvertreter: Hugo Fiering, Max Rank, Max Conrad.
Darmstadt. Prinzipalsvertreter: Dr. Adolf Koch, Karl Pfeiffer, Rudolf Wiskik. — Gehilfenvertreter: F. Behr, Heinrich Fargo, Friedrich Weinheimer.
Dresden. Prinzipalsvertreter: Berold Sturm, Artur Heinrich, Heinrich Senffert.
Freiburg i. Br. Gehilfenvertreter: B. Baumert, W. Soham, G. Scheerer.
Jena. Prinzipalsvertreter: Fr. Göberl, Otto Kämpfe, Dr. G. Neuenhahn. — Gehilfenvertreter: Otto Martin, Karl Sperkneider, Friedrich Spethmann.

Kaiserslautern. Prinzipalsvertreter: Wilhelm Gehm, A. Fleckenberg (Neustadt), Heinrich Merkel. — Gehilfenvertreter: Georg Dahl, Georg Fröhlinger, August Hofmann.
Kiel. Prinzipalsvertreter: Heukel, Lebens, Num-ten. — Gehilfenvertreter: Paul Grünner, Oskar Kaffen, Max Eilsner.
Koblenz. Gehilfenvertreter: Hugo Lurgenstein, München. Gehilfenvertreter: Joseph Brun-nthal, Friedrich Gauther, Leopold Salschek.
Münster. Prinzipalsvertreter: Sob. Bredt, Direktor Kettler, Ludwig Krich.
Regensburg. Gehilfenvertreter: Wolfgang Baum-gartner, Heinrich Bieschmidt, Alfons Kurb jun., Schwerin i. Medl. Gehilfenvertreter: Ernst Bar-fels, Ludwig Wabunde, Heinrich Wilken.

Schiedsgerichte betreffend
Görlitz. Gehilfenwahl: Kurt Bück, Vorsitzender, Heiligengrabenstraße 11; Max Conrad, Paul Krob, Pfeiffer; Alfred Kirck, erster Stellvertreter; sämtlich in Görlitz.
Zittau. Gehilfenwahl: An Stelle des ausgeschiedenen Beiführers wurde als solcher gewählt der Gehilfe Gerner, i. S. Schiemann & Co.
Berlin, 17. Dezember 1919.

J. A.: Paul Schliebs, Geschäftsführer.